



Nr. 23

12. Juni 2013

## Inhalt

[Russ nach Spitzengespräch zur Lehrkräftesituation in Sachsen:](#)

[„Form und Inhalt ungenügend“ +++](#)

[dbb bundesfrauenvertretung: Öffentlicher Dienst braucht](#)

[übergreifendes Diversity-Konzept+++](#)

[dbb jugend startet Umfrage zu Diversity im öffentlichen Dienst+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb schleswig-holstein: Übertragung des Tarifabschlusses war](#)

[„Gebot der Stunde“+++](#)

[dbb saar und Landesregierung verständigen sich auf Masterplan+++](#)

[BBB begrüßt Vorstoß zum Ausbau von Telearbeitsplätzen+++](#)

[tbb legt überarbeitetes Konzept zur Dienstrechtsreform vor+++](#)

[DPoIG zu Verfassungsschutzbericht: Mehr verdeckte Ermittler](#)

[erforderlich+++](#)

[BLBS: Kultusminister müssen handeln+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

## Russ nach Spitzengespräch zur Lehrkräftesituation in Sachsen: „Form und Inhalt ungenügend“

**(dbb) Unter der Überschrift „Form und Inhalt ungenügend“ hat Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, eine Bilanz des Spitzengesprächs am 11. Juni 2013 im Dresdner Finanzministerium zwischen den Gewerkschaften und der sächsischen Staatsregierung zur Lehrkräftesituation in Sachsen gezogen.**

„Wir hatten die Erwartung, dass wir endlich in echte Tarifverhandlungen mit dem Freistaat einsteigen“, resümierte Russ, „doch Form und Inhalt des Gesprächs bilden leider einen neuen Tiefpunkt in der ohnehin nicht sehr erfreulichen Tarifgeschichte mit der Dresdner Staatsregierung. Es ist deutlich geworden, dass das Land Sachsen kein echtes Interesse hat, wettbewerbsfähige Bedingungen für seinen Lehrernachwuchs zu schaffen. Außerdem haben die Arbeitgeber ein merkwürdiges Verhältnis zur Tarifautonomie an den Tag gelegt.“

Die Spitzen der Gewerkschaften hatten das „Angebot“ von Finanzminister Georg Unland erst um etwa 15.00 Uhr - mündlich vorgetragen - erhalten. Ohne die Verhandlungspartner darüber zu informieren, organisierte man hinter ihrem Rücken um 16.30 Uhr eine Pressekonferenz, auf der die Arbeitgeber einseitig ihr „Angebot“ vorstellten.

„Gerne hätten wir Minister Unland mit einer ersten Einschätzung unserer Verhandlungskommission konfrontiert“, zeigte sich Russ sehr enttäuscht von den Vorgängen in Dresden, „doch daran war dieser leider nicht interessiert. Ich habe den Ministern bei der Entgegennahme ihrer Vorschläge – einen echten Austausch hat es leider nicht gegeben – gesagt, dass sie mit diesem mageren Angebot wahrscheinlich eine große Chance verschenken, das neue Schuljahr streikfrei zu gestalten.“ Die Kolleginnen und Kollegen sahen mit dem „Angebot“ keine der gewerkschaftlichen Forderungen auch nur ansatzweise erfüllt. „Wir werden das Ergebnis oder auch Nichtergebnis in aller Ruhe bewerten und unsere Schlüsse ziehen. Streikaktionen kann ich nun nicht mehr ausschließen. So lassen wir nicht mit uns umgehen“, sagte Russ.

(01/23/13)

## dbb bundesfrauenvertretung: Öffentlicher Dienst braucht übergreifendes Diversity-Konzept

**(dbb) Zum 1. Deutschen Diversity Tag am 11. Juni 2013 hat die dbb bundesfrauenvertretung ihre Forderung nach nachhaltigen Personalentwicklungskonzepten für den öffentlichen Dienst bekräftigt. „Je besser die Potenziale von Menschen verschiedener Herkunft, Kultur, Fachkompetenz, aber auch unterschiedlichen Geschlechts und Alters aufeinander abgestimmt sind, desto besser funktionieren gesellschaftliche und betriebliche Abläufe. Das lässt sich auch auf Dienststellen und Behörden übertragen. Angesichts des Fachkräftemangels benötigen wir für den gesamten öffentlichen Bereich ein effektives und Ebenen übergreifendes Diversity Mainstreaming analog zum Gender Mainstreaming“, erklärte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung.**

Vor allem im direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern müsse die Sichtbarkeit von Beschäftigten aus unterschiedlichen Kulturkreisen erhöht werden. „In den Verwaltungen bilden sie eine wichtige Verknüpfung zwischen Bürgerinnen, Bürgern und dem Staat. Deshalb werben wir, vor allem auch dafür, Frauen aus nicht-deutschen Kulturkreisen für eine Beschäftigung in der Verwaltung sowie in

Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen zu begeistern“, so Wildfeuer. Darüber hinaus müsse auch innerhalb der Dienststellen mehr Vielfalt gewagt werden. Die öffentlichen Arbeitgeber stünden in der Pflicht, die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten zu stärken und Diskriminierungspotenziale auszuschalten.

(02/23/13)

## **dbb jugend startet Umfrage zu Diversity im öffentlichen Dienst**

**(dbb) Mehr Vielfalt im öffentlichen Dienst und ein entsprechend nachhaltiges Diversity-Management für Verwaltungen und Behörden hat die dbb jugend anlässlich des 1. Deutschen Diversity-Tags am 11. Juni 2013 in Berlin gefordert.**

dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe und ihr Vize Sascha Titze folgten der Einladung des Vereins „Charta der Vielfalt“, der, unterstützt von Staatsministerin Maria Böhmer, der Bundesbeauftragten für Migration, zum ersten bundesweiten Impulstreffen in Sachen Vielfalt eingeladen hatte. „Die in der Charta der Vielfalt verankerten Ideen und Prinzipien sollen verstärkt Einzug in den öffentlichen Dienst finden“, sagte dbb jugend-Chefin Kothe am Rande des Treffens. „Wenn die Gesellschaft, für die wir Dienst leisten, immer bunter wird, müssen wir auch bunter werden. Zumal intelligentes Diversity-Management in der Lage ist, personelle Schätze zu heben, die bislang unentdeckt geblieben sind – das ist soziale Verantwortung und Zukunftssicherung zugleich“, so Kothe.

Kothe und Titze stellten Staatsministerin Böhmer und Aletta Gräfin von Hardenberg, Geschäftsführerin von „Charta der Vielfalt“, das dbb jugend „Diversity“-Themenjahr und die aktuelle Umfrage zum Thema Vielfalt vor, die die dbb jugend am 1. Deutschen Diversity-Tag startete: Von den hunderten Adressaten in Behörden und Verwaltungen will die dbb jugend etwa wissen, ob Diversity-Management vor Ort ein Thema ist, wie Vielfalt im Team bewertet wird und welche Ressourcen in Sachen Diversity zur Verfügung stehen. Böhmer und von Hardenberg zeigten großes Interesse am Vielfaltmanagement im öffentlichen Sektor und vereinbarten, mit der dbb jugend im Gespräch zu bleiben.  
(03/23/13)

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

**dbb schleswig-holstein: Übertragung des Tarifabschlusses war „Gebot der Stunde“**

**(dbb) Der Tarifvertrag vom März dieses Jahres für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder wird inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten im Land Schleswig-Holstein und seinen Kommunen übertragen.**

Dazu erklärte die Landesvorsitzende des dbb schleswig-holstein, Anke Schwitzer, am 7. Juni 2013: „Den Potsdamer Tarifabschluss auf die Beamtinnen und Beamten in Land und Kommunen sowie die Versorgungsempfänger zu übertragen, ist die richtige Entscheidung. Das war das Gebot der Stunde. Es geht um Motivation der Kolleginnen und Kollegen, die für ihre Dienstherren und schließlich die Bürgerinnen und Bürger jeden Tag aufs Neue hervorragende Leistungen erbringen, zum großen Teil über ihre dienstlichen Verpflichtungen hinaus. Es geht um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes, der mit der Wirtschaft in einen Kampf um die besten Köpfe getreten ist. Und:

Es geht um Gerechtigkeit in der Bezahlung aller Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Ganz gleich, wo im Bezahlungsgefüge und egal ob Tarifkraft oder im Beamtenverhältnis – keine Gruppe darf von der anderen auf Dauer abgekoppelt werden.“

Dies sei nun gelungen, so Schwitzer weiter. Gleichwohl bleibe ein Wermutstropfen: „Es gibt keine zeitgleiche Übertragung. Mehr Wertschätzung war offensichtlich politisch nicht durchsetzbar.“ Schwitzer dankte allen Kolleginnen und Kollegen, „die für dieses Ergebnis so zahlreich auf die Straßen gegangen sind“.  
(04/23/13)

## dbb saar und Landesregierung verständigen sich auf Masterplan

**(dbb) Der dbb saar und die saarländische Landesregierung haben sich auf ein Arbeitsprogramm und einen Masterplan zur Zukunftssicherung der Landesverwaltung geeinigt. Nach dem vierten Spitzengespräch am 8. Juni 2013 teilte der dbb saar als Ergebnisse des Gesamtpaketes mit: 4,5 Prozent Besoldungserhöhung und Versorgungsanpassung für die Jahre 2013 und 2014; Festlegung des Beförderungsbudgets auf 1,6 Millionen Euro für die Jahre 2013 bis 2017; 30 Tage Urlaub für alle Beamten, für Beamtenanwärter 27 Tage. Zudem bleibt der Beihilfeschutz des Landes für die Beihilfeberechtigten in dieser Legislaturperiode im jetzigen Umfang erhalten.**

Wie der dbb saar weiter erklärte, sei für seine Verhandlungsführer (Ewald Linn, Horst Günther Klitzing, Michael Leidinger und Sabine Meier) vorrangig gewesen, im Rahmen eines Gesamtpaketes durchzusetzen, dass die Beamten und Versorgungsempfänger nicht weiter von der allgemeinen Einkommensentwicklung in den nächsten Jahren abgekoppelt werden und die Beschäftigten insgesamt Planungssicherheit haben. „Dies ist uns gelungen. Als

Nehmerland, das Konsolidierungshilfen erhält und den strengen Überwachungsregularien des Stabilitätsrates unterliegt, haben wir mit einem Gesamtvolumen von 4,5 Prozent ein besseres Ergebnis erzielt, als in vielen anderen Bundesländern“, so die vorläufige Bilanz des Landesbundes. Der dbb-Landeshauptvorstand wird am 13. Juni 2013 über die Fortsetzung der Gespräche mit der Landesregierung beraten. (05/23/13)

## BBB begrüßt Vorstoß zum Ausbau von Telearbeitsplätzen

**(dbb) Pläne der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag zur Schaffung von mehr familien-gerechten Arbeitsplätzen sind beim Bayerischen Beamtenbund (BBB) auf Zustimmung gestoßen. Bayerns Beamte sollen demnach bis 2018 das Recht bekommen, einen Tag pro Woche von zu Hause aus zu arbeiten.**

„Der BBB begrüßt diesen Vorstoß sehr“, erklärte BBB-Vorsitzender Rolf Habermann am 11. Juni 2013. „Es ist Zeit, bestehenden Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehr Wirkungsraum zu verschaffen.“

In vielen Dienststellen werde das Modell der Wohnraumarbeit bereits erfolgreich praktiziert. Es handele sich hierbei um ein wertvolles Instrument zur Flexibilisierung des Arbeitslebens. Eine interne Umfrage innerhalb der BBB-Mitgliedsgewerkschaften zum Thema Wohnraumarbeit habe gezeigt, dass dazu nur positive Erfahrungen vorliegen und anfängliche Bedenken völlig ausgeräumt werden konnten. „Beschäftigte, die zum Teil von zu Hause aus arbeiten, erledigen ihre Arbeit oftmals effekti-

ver, schneller und vor allem motivierter“, so Habermann.

Der BBB habe sich deswegen bereits in der Arbeitsgemeinschaft „Öffentlicher Dienst“ für einen Ausbau der Telearbeitsplätze im öffentlichen Dienst eingesetzt. Diese wurde auf Initiative von Ministerpräsident Horst Seehofer und Finanzminister Markus Söder mit dem Ziel gegründet, aktuelle Strukturfragen des öffentlichen Dienstes zu diskutieren und Ansätze für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung und Flexibilisierung zu erarbeiten. Die Arbeitsgemeinschaft wird noch vor der Sommerpause der Öffentlichkeit Ergebnisse vorstellen. (06/23/13)

## tbb legt überarbeitetes Konzept zur Dienstrechtsreform vor

**(dbb) Der Thüringer Beamtenbund tbb hat am 11. Juni 2013 sein überarbeitetes Konzeptpapier zum Dienstrecht veröffentlicht. Unter dem Vorsitz des stellvertretenden tbb-Vorsitzenden Burkhard Zamboni hatte die Kommission Dienstrecht das Konzept aus dem Jahr 2011 überarbeitet und neu aufgelegt.**

Auslöser dafür war die Verzögerung bei der Umsetzung der Dienstrechtsreform in Thüringen. Inhalt dieser Reform sollte neben einer umfassenden Neugestaltung des Beamtengesetzes und einer Anpassung der Urlaubsverordnung an die Rechtsprechung auch eine Änderung des Laufbahnrechtes sein. Ein Jahr vor Ende der Legislaturperiode wurde dem Landtag immer noch kein Entwurf vorgelegt.

Der tbb nahm dies zum Anlass für eine grundlegende Überprüfung des Dienstrechtes. „Wir sind der Auffassung, dass ein zukünftiges

Dienstrecht nicht nur wenige Jahre Bestand haben soll, sondern vielmehr einen Schritt in eine moderne Beamtenwelt vollziehen und auch noch in 15 bis 20 Jahren Gültigkeit haben soll“, so Zamboni. Zu den wichtigsten Forderungen in dem überarbeiteten Papier gehören die Errichtung eines kapitalgedeckten Versorgungsfonds für Neuverbeamtungen, die Streichung des Eigenbehalts je Rechnungsbeleg in der Beihilfe, die Einführung von flexiblen Arbeitszeit- und Arbeitsausstiegsmodellen und die Einführung einer Familienpflegezeit. (07/23/13)

## **DPoIG zu Verfassungsschutzbericht: Mehr verdeckte Ermittler erforderlich**

**(dbb) Der Verfassungsschutzbericht für 2012 zeigt nach Einschätzung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), wie notwendig weiterhin die Beobachtung von extremistischen Strukturen hierzulande ist. Vor allem die Aufdeckung der NSU-Mordserie und der zurzeit laufende Prozess in München könnten Nachahmungstäter animieren, ähnliche Taten zu planen, hieß es bei der Vorstellung des Berichts am 11. Juni 2013 in Berlin.**

Der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt sagte: „Das Gewaltpotenzial in der rechtsextremen Szene ist hoch, deshalb ist es unerlässlich, dass der Staat frühzeitig von geplanten Aktivitäten erfährt. Dafür bedarf es jedoch nicht nur des Einsatzes von V-Leuten, sondern auch von verdeckten Ermittlern der Polizei. Die Gefahr, die von gewaltbereiten Extremisten ausgeht, muss in erster Linie von der Polizei bekämpft werden. Das gilt selbstverständlich

auch für den Linksextremismus und islamistische Extremisten. Der Staat muss mehr über die Strukturen und Vorgehensweisen extremistischer Kreise Bescheid wissen, um dann im richtigen Moment Straftaten zu verhindern und erfolgreich Täter zu ermitteln. Die Modernisierung des Bundesamtes für Verfassungsschutz unterstützen wir mit großem Nachdruck.“ (08/23/13)

## **BLBS: Kultusminister müssen handeln**

**(dbb) Nachdem von der Europäischen Kommission der Startschuss für eine internationale Ausbildungsallianz gegeben worden ist, sieht der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) die Kultusminister in der Pflicht zu handeln.**

BLBS-Bundesvorsitzender Eugen Straubinger sagte am 10. Juni 2013, neben der Wirtschaft müsse auch der duale Partner in der Berufsausbildung - die beruflichen Schulen und ihre Interessenvertretung, der BLBS - einbezogen werden. Wenn die in Deutschland seit Jahrzehnten erfolgreiche duale Berufsausbildung auf andere europäische Staaten übertragen werden soll, dann müssten alle Beteiligten mitwirken, mahnte Straubinger.

Er verwies darauf, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) keinen Ein-

fluss auf die beruflichen Schulen hat, da diese von den Kultusministerien der Bundesländer organisiert werden. Daher fordere der BLBS, dass die Kultusminister der Länder dafür sorgen, „dass möglichst viele berufliche Schulen aus möglichst vielen Bundesländern als aktive Teilnehmer in den Pakt integriert werden und der BLBS als Interessenvertretung der beruflichen Schulen mit seiner Fach- und Sachkompetenz einbezogen wird“. (09/23/13)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Bereits zum 33. Mal legt der **dbb** eine Übersicht zur „Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht“ vor. Die diesjährige Zusammenstellung einschlägiger Entscheidungen zum Personalvertretungsrecht enthält über 100 Leitsätze und bietet damit allen, die sich mit dem Personalvertretungsrecht beschäftigen, einen umfassenden Überblick über inhaltliche Schwerpunkte und Tendenzen der Rechtsprechung in diesem Bereich. Neben der aktuellen sind auch die Leitsatzsammlungen der vergangenen Jahre zum Personalvertretungsrecht auf der Website des dbb zu finden. Das Unterstützungsangebot des dbb für Interessenvertreter beinhaltet darüber hinaus seit nunmehr 16 Jahren auch die „Rechtsprechung zum Betriebsverfassungsrecht“ sowie die aktuell in dritter Ausgabe vorliegende und damit vergleichsweise junge „Rechtsprechung zum Schwerbehindertenrecht“.

Deutliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen konnte der **dbb** bei der AGS Airport Ground Service GmbH erreichen. Am 3. und 4. Juni 2013 waren die Verhandlungen zwischen dem dbb und der Geschäftsführung der AGS Airport Ground Service GmbH zur Einführung eines Tarifvertrags fortgesetzt worden. Die Verhandlungen erfolgten für die Mitglieder der Mitgliedsgewerkschaft komba, die im Unternehmen stark vertreten sind. Obwohl die Tarifvertragsparteien zu Beginn in ihren Vorstellungen noch weit auseinandergelegen haben, konnte dennoch in den meisten Themenkomplexen eine Einigung erreicht werden, die die Interessen der Beschäftigten umfassend berücksichtigt. Somit besteht vorbehaltlich redaktioneller Änderungen sowohl Einigkeit bezüglich des Inhalts eines Manteltarifvertrages, als auch im Hinblick auf die Neuregelung der Entgeltstrukturen.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (**GDL**), agilis Verkehrsgesellschaft und agilis Eisenbahngesellschaft haben am 11. Juni 2013 ihren ersten Tarifvertrag unterzeichnet. Dies ist nicht nur der erste Tarifvertrag zwischen der GDL und dem Regensburger Unternehmen, sondern zugleich der erste Tarifvertrag, den die GDL im Bundesland Bayern mit einem privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen abschließt. Bisheriger Tarifpartner der agilis war die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), die dem Arbeitgeber eine Reihe von Möglichkeiten einräumte, das Zugpersonal im

Vergleich zu stationären Arbeitnehmern zu benachteiligen, wie die GDL mitteilte. So wurden beispielsweise Fahrten vom Arbeitsort zum Einsatzort (Gastfahrten) nur zur Hälfte auf die Arbeitszeit angerechnet. Die GDL konnte nun neben der vollen Anrechnung der Schichtdauer als Arbeitszeit eine Entgelterhöhung um 2,7 Prozent ab 1. Mai 2013 vereinbaren. Außerdem wurden eine Reihe weiterer Arbeitszeitregelungen insbesondere für das Zugpersonal spürbar verbessert und tarifvertragliche Regelungen zur Aus- und Fortbildung der Lokomotivführer und Zugbegleiter verbindlich vereinbart. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis 31. Juli 2014.

Seit Tagen bestimmt die Hochwasserkatastrophe in weiten Gebieten Deutschlands die Berichterstattung der Medien. Zahlreiche Menschen sind von der Flutwelle betroffen und müssen immense wirtschaftliche Schäden hinnehmen, die mitunter die Existenz gefährden oder vernichten. Dazu zählen natürlich auch Mitarbeiter der Postnachfolgeunternehmen und von Call-Centern. Viele stellen sich die Frage, was passiert, wenn sie aufgrund der Wassermassen nicht zu ihrer Arbeitsstätte kommen können oder diese ebenfalls vom Hochwasser betroffen ist. Auf ihrer Homepage [www.dpvkom.de](http://www.dpvkom.de) gibt die Kommunikationsgewerkschaft DPV (**DPVKOM**) seit 11. Juni 2013 Antworten auf solche Fragen und Hinweise darauf, wer bei wirtschaftlichen Notlagen hilft.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat die Entscheidung des Bundesrates kritisiert, die von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer vorgelegte Punktereform für Verkehrsverstöße nicht anzunehmen, sondern in den Vermittlungsausschuss zu geben. DPoIG-Bundesvorsitzender **Rainer Wendt** sagte am 10. Juni 2013: „Mit der Ablehnung wurde eine große Chance vertan, durch ein innovatives Punktesystem zu mehr Verkehrssicherheit beizutragen.“ Die geplante Reform hätte nach Auffassung Wendts dazu geführt, das System einfacher und transparenter zu gestalten. Die nunmehr getroffene Entscheidung des Bundesrates trage dazu bei, dass die nachvollziehbare Fortschreibung des Punktesystems auf der Strecke bleibt. „Vernünftige Verkehrssicherheitspolitik, die dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger dient, sieht anders aus“, zeigte sich Wendt überzeugt.

Der Bundesrat hat am 7. Juni 2013 grünes Licht für das neue Mess- und Eichgesetz gegeben. Wie der BTE, Fachgewerkschaft Mess- und Eichwesen, mitteilte, hat die Länderkammer unter „Tagesordnungspunkt 40 Gesetz zur Neuregelung des gesetzlichen Messwesens“ beschlossen, „zu dem vom Deutschen Bundestag am 18. April 2013 verabschiedeten Gesetz einen Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen“. Das heißt, das neue Eichgesetz wird nicht an den Vermittlungsausschuss verwiesen und kann nun vom Bundespräsidenten unterschrieben werden. „Nach der Veröffentlichung ist das Gesetzgebungsverfahren endlich abgeschlos-

sen“, so der BTE-Bundesvorsitzende **Ronald Kraus**. Das Gesetz, das die messtechnische Prüfung von Messgeräten im geschäftlichen Verkehr wie Zapfsäulen, Waagen oder Elektrizitätszähler regelt, tritt zum großen Teil am 1. Januar 2015 in Kraft.

Der Verein der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB) hat eine neue Vorsitzende: **Diana Böttger**, bisher VRB-Geschäftsführerin. **Thomas Kappl**, der seit 1995 an der Spitze des VRB stand, war aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten.  
(10/23/13)